

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1909

10.3.1909 (No. 68)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 10. März

№ 68

Expedition: Karl Friedrich-Straße Nr. 14 (Fernsprechanschluß Nr. 154), wofelbst auch Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M 50 P.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 65 P.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

1909

Dem Andenken Kaiser Wilhelms I.

Karlsruhe, 9. März 1909.

Der Tag, an dem Kaiser Wilhelm der Große die Augen zum ewigen Schlummer schloß, bleibt ein ernster Gedenktag, an dem alle vaterländisch Gesinnten die Blicke wenden in die Zeit der Wiederaufrichtung des nationalen Reiches. Einundzwanzig Jahre sind verfloßen, seit der Begründer unserer völkischen Einheit von uns gegangen ist, ein Held auf dem Sterbebett, wie auf der blutigen Bahnhofsstation. Ein Erbe hat er dem Volke hinterlassen, das treu gehütet werden sollte. Der schlichte Sinn, der Wilhelm I. erfüllte und ihn in den Tagen der Entsetzung ebenso zuversichtlich Gottes gnädiger Führung vertrauen ließ, wie in den glanzvollen, ruhmgekrönten Tagen nationaler Siegesfeier, sollte ein Gemeingut des ganzen Volkes werden: die selbstlose Bescheidenheit, das Merkmal wirklich in sich gefester Charaktere, die Wilhelm der Große nie verleugnete, sollte ein Markstein bleiben auf dem Lebenswege der Nation, seine Opferwilligkeit im Dienste der Gesamtheit, die in den Wohlfahrtserslassen den erhabendsten Ausdruck fand, sollte vorbildlich bleiben für alle Zeit. So begehen wir in Dankbarkeit und Liebe das Gedächtnis des Tages, an dem der erste nationale Kaiser, der strahlende Held der Schlachten, der weiße Vater des Vaterlandes, der milde großdenkende Führer des Volkes dahinging mit den frohen Worten: Meine Augen haben den Heiland gesehen.

Konferenz.

SRK, Berlin, 8. März.

In einer Pressemeldung heißt es, Rußland, England und Frankreich hielten, auch wenn Österreich-Ungarn und Serbien sich über wirtschaftliche Fragen unmittelbar verständigten, den Zusammentritt einer Orientkonferenz für unerlässlich. Damit wäre nichts Neues gesagt. Auch Deutschland hat den an sich berechtigten Grundgedanken einer förmlichen Gutheißung der Ergebnisse von Sonderverhandlungen durch die Zeichnungsmächte des Berliner Vertrages niemals bekämpft. Auch Deutschland kann einer Konferenz zustimmen, aber nur einer genügend vorbereiteten. Das ist seit Oktober v. J. wiederholt erklärt worden. Zur Sicherung eines friedlichen Ausgangs der Konferenz gehört, damit die Teilnehmer sich nicht in hellem Zweifelspalte trennen, die Klärung aller Streitpunkte zwischen den nächstbeteiligten Staaten. Diese Vorbedingung ist aber nicht erfüllt, solange, abgesehen von dem noch unfertigen Zustand des türkisch-bulgarischen Ausgleichs, nicht einmal die Einleitung der unerlässlichen Verhandlungen zwischen Wien und Belgrad, geschweige deren Ergebnis feststeht. Wir wünschen eine Konferenz, an der Österreich-Ungarn nach eigenem Willen teilnehmen kann, nicht eine Konferenz, vor die Österreich-Ungarn vorgeladen werden soll. Die Gerichtsidee widerspricht dem Wesen internationaler Zusammenkünfte, die weder Ankläger noch Angeklagte kennen, auch nichts durch Mehrheitsbeschlüsse entscheiden dürfen, sondern auf gütliche Willenseinigung aller Beteiligten angewiesen sind. Und da man weder Österreich-Ungarn noch Deutschland bewegen kann, an einer Konferenz teilzunehmen, bevor und anders, als sie selbst es wünschen, so werden sich die Eiferer für den Konferenzgedanken gedulden müssen, bis man auch in Berlin und Wien den Zeitpunkt für gekommen erachtet.

(Telegramme.)

* Belgrad, 9. März. Es verlautet, Rußland habe die serbische Regierung um erläuternde Aufklärungen über einige Stellen der serbischen Antwort ersucht. Die Veröffentlichung der Antwort werde erfolgen, sobald aus Petersburg die zweite und endgültige Zustimmung hierzu eingetroffen sei.

* Belgrad, 9. März. Die Mitteilung, die österreichisch-ungarische Regierung habe beschloßen, den Handelsvertrag mit Serbien nicht den Parlamenten vorzulegen, hat in der serbischen Handelswelt einen ungünstigen Eindruck hervorgerufen.

* Sofia, 9. März. Der Belgrader Korrespondent der hiesigen „Zambana“ meldet seinem Blatte, er habe aus amtlicher serbischer Quelle erfahren, daß die russische Regierung dem Fürsten von Bulgarien während seines Aufenthaltes in St. Petersburg eine wirtschaftliche Annäherung an Serbien auf der Basis der Zollunion von 1904 vorgeschlagen habe. Durch Vermittlung der Vertretungen Rußlands in Belgrad und Sofia seien entsprechende Verhandlungen eingeleitet worden. In amtlichen serbischen Kreisen hoffte man auf eine Verständigung.

* Konstantinopel, 9. März. In amtlichen Kreisen wird erklärt, daß der gestrige Ministerrat seine endgültige Entscheidung wegen der serbischen Kriegsmaterialien-transporte getroffen habe. Man glaubt, daß die Erlaubnis nicht erteilt werden wird, wenn nicht Serbien befriedigende Aufschlüsse über den Zweck der großen Käufe gibt.

* Konstantinopel, 9. März. „Sabah“ meldet, daß Bulgarien gegenwärtig öffentlich und in noch größerem Umfange als früher seine militärische Vorbereitung fortsetze. Es habe abermals die Mobilmachung der 8. Division angeordnet.

* Konstantinopel, 9. März. Zu Beginn der gestrigen Sitzung der Kammer gedachte der Präsident des verstorbenen Finanzministers und Abgeordneten für Konstantinopel und verlas sodann ein Schreiben der deutschen Botschaft, in dem diese der Kammer zu dem schweren Verlust ihre Teilnahme ausdrückt. Sodann teilte der Präsident den Eingang des österreichisch-ungarisch-türkischen Protokolls und des Motivenberichtes mit. Es wurde beschlossen, beide Dokumente der Kommission der auswärtigen Angelegenheiten zu überweisen und die Debatte solange zu vertagen, bis der Bericht der Kommission eingelaufen sei. — Das Haus setzte sodann die Debatte über die Postreform fort.

Der Badische Landesauschuß des Deutschen Flottenvereins

war am Montag, 8. d. M. zu seiner ordentlichen Hauptversammlung im großen Rathsaussaale in Karlsruhe vereinigt, der auch der Präsident des Gesamtvereins Seine Erz. Großadmiral von Köster mit dem geschäftsführenden Vorsitzenden Herrn Admiral Weber anwohnte. Der Ehrenvorsitzende des Landesverbandes, Oberhofmeister Erzengel von Stabel eröffnete die sehr zahlreich besuchte Versammlung mit folgender Ansprache:

Zur Eröffnung unserer Versammlung wollen wir unseres Kaisers und unseres Großherzogs gedenken. Unseres Kaisers, der unsere Flotte geschaffen, der Deutschland zur Weltmacht emporgehoben, der den Deutschen Flottenverein, wie er demselben in Köln sagen ließ, hoch einschätzte, unseres Großherzogs, dessen vaterländisches Empfinden und warme nationale Gesinnung unsere Bestrebungen mit sympathischem Interesse begleiten. Stimmen Sie daher mit mir ein in den Ruf Seine Majestät der Kaiser und Seine Königliche Hoheit der Großherzog leben hoch! (Die Versammlung stimmte begeistert in den Ruf ein). Herr von Stabel fuhr dann fort:

„Euer Erzengel habe ich die Ehre im Namen des badischen Landesverbandes des Deutschen Flottenvereins herzlich willkommen zu heißen.“

Groß ist unsere Freude, daß es uns vergönnt ist, unseren hochverehrten Herrn Präsidenten des Deutschen Flottenvereins in unserer Mitte begrüßen zu dürfen, groß auch unser Dank, den wir ihm hierfür entgegenbringen.

Euer Erzengel sind dem einmütigen Ruf des Flottenvereins folgend, in schwieriger Zeit an dessen Spitze getreten.

Dieser Ruf erging, weil wir der Hoffnung, ja der Überzeugung waren, Euer Erzengel werde den Verein wieder auf die Bahn lenken, die er während der ersten sieben Jahre seines Bestehens mit so reichem Erfolge gewandelt ist und die auch stets diejenige des badischen Landesverbandes war. Dieser Hoffnung ist Erfüllung geworden.

Ist es doch Euer Erzengel weiser Führung gelungen, die Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Vereins nahezu auszugleichen und demselben so den Frieden und mit diesem die Möglichkeit wiederzugeben ein mächtiger Faktor zur nationalen Erziehung und zur Stärkung des Einheitsgedankens zu werden.

Dafür danken wir Euerer Erzengel mit dem gesamten deutschen Flottenverein und mit diesem Danke verbinden wir die Versicherung, daß wir den Aufgaben, welche Euer Erzengel uns gestellt haben und noch stellen, unser bestes Wollen und Können widmen werden. So wollen wir unter Euerer Erzengel Leitung weiterarbeiten an der Vollendung des eigensten Werkes unseres Kaisers, dessen unvergängliche Verdienste um die Schaffung der deutschen Wehr zur See und das Emporheben Deutschlands zur Weltmacht dereinstens noch ferne Generationen preisen werden und bei diesem Wirken wollen wir mit Eim und Herz nur demjenigen Kompaß folgen, der hinweist auf des Reiches Herrlichkeit!

Darauf begrüßte der Erste Vorsitzende Herr von Cancrin die als Ehren Gäste erschienenen Herren Adl. Kreuzritter Gesandten von Eisenacher, den Minister Freiherrn v. Marschall und Oberbürgermeister Siegrist und erstattete den Jahresbericht, dessen wesentlichen Inhalt wir demnächst mitteilen werden. Wir wollen heute nur hervorheben, daß die Ortsverbände zugenommen haben und sich, nach Beilegung der früheren Differenzen im Gesamtverein, wieder lebhafteres Interesse für seine Zwecke auch in Baden kundgibt. Der Redner dankte sodann dem Ehrenvorsitzenden v. Stabel für seine hervorragenden Verdienste um den badischen Landesverband und gedachte der Stiftung des Grafen v. Rhena im Betrag von 1000 M. für den Verein. Er forderte die Versammlung auf, sich zum Zeichen ihres Dankes, aber auch des ehrenden Andenkens für den Verstorbenen von den Sigen zu erheben. Dies geschah. Der Redner schloß mit den Worten: Fern vom Getriebe aller Parteipolitik wollen wir befehlen und wirken für unsere Flotte. Wir stehen damit im Dienst des Kaisers und unseres Landesherren, aber auch im Dienst des deutschen Vaterlandes, für das wir immer wirken wollen. Bei der hierauf vorgenommenen Neuwahl eines zweiten Vorsitzenden wurde Generalmajor a. D. Fritsch gewählt, so daß sich der Vorstand jetzt zusammensetzt aus den Herren Oberhofmeister v. Stabel,

v. Cancrin, Generalmajor Fritsch, Oberrechnungsrat Kirsch und Chefredakteur Kasch. Der von Herrn Kirsch erstattete, und mit interessanten Erläuterungen versehene Jahresbericht wurde einstimmig genehmigt. In den Landesauschuß wurde Herr Handelskammersekretär Hillebrand neugewählt, die Herren Baurat Williard und Kirchner wurden als Rechnungsprüfer aufs neue bestätigt. Es sprach hierauf

Großadmiral von Köster über die Flottenorganisation.

Er führte folgendes aus:

Groß sind die Erfolge, die der Flottenverein in den mehr als 10 Jahren seines Bestehens unter der Führung tüchtiger und tätiger Männer erzielt hat und besonders verdienen diese Leistungen auf dem Gebiet der Aufklärungsarbeit Anerkennung. Jetzt ist es allgemein bekannt, daß das Rückgrat einer Flotte aus Linienschiffen gebildet wird, daß diese allein nicht ausreichen, um einen Erfolg herbeizuführen, daß es dazu vielmehr, wie bei der Armee der verschiedenen Waffen, auch noch der Kreuzer und Torpedoboote bedarf. Des weiteren wissen wir, daß unsere Kriegsschiffe, als Rückzugslinien, zu verteidigen sind, und daß unsere Seereisen es bedingen, daß wir die Seeherrschaft an unserer eigenen Küste besitzen.

Höchlichst erstaunt war man, als im Laufe dieses Winters eine von einem inaktiven Admiral herausgegebene Serie von Artikeln erschien, in der Anschauungen zum Ausdruck gebracht wurden, die von den bisher als richtig anerkannten nicht unwesentlich abwichen. Diese Anschauungen wurden von einzelnen Stellen mit denjenigen der „jeune école“ in Frankreich verglichen, das war aber falsch, denn diese repräsentierte eine Richtung in der französischen Marine, während es sich hier um die Anschauungen eines einzelnen Mannes handelte, der kaum irgend einen Anhänger in der Marine oder bei Sachverständigen finden dürfte. Im übrigen möchte ich bemerken, daß die „jeune école“, die die energische Durchführung des Kreuzerrieges vertritt, zurzeit ziemlich abgewirtschaftet hat.

Der Admiral fordert mehr Mittel für den sogenannten Kleinkrieg und namentlich auch eine Verstärkung unserer Küstenbefestigungen; wie ich wohl annehmen darf — er spricht sich darüber nicht ganz klar aus — auf Kosten unserer Hochseeflotte, da er im allgemeinen der Sparbarkeit das Wort redet.

Sicherlich hat er darin recht, daß er auf den Kleinkrieg einen gewissen Wert legt, wenn man sich aber die Marineverhältnisse der letzten Jahre aufmerksam durchsieht, so wird man finden, daß gerade für Minenboote, Vermehrung unserer Minenboote und für den Bau von Torpedobooten sehr bedeutende Summen eingestellt worden sind. Mit dem Bau von Unterseebooten hätte man meiner persönlichen Ansicht nach, wenn auch nicht früher, so doch gleich etwas energischer vorgehen können, doch ist der von der Marineverwaltung jetzt gewählte Weg doch wohl als der richtige zu bezeichnen und steht zu erwarten, daß wir in nicht allzu langer Zeit einen wirklich guten und brauchbaren Typ von Unterseebooten erhalten werden. Jede Überlegung nach dieser Richtung hin — wir müssen berücksichtigen, daß es sich um die Schaffung einer ganz neuen, im Kriege noch nicht erprobten Waffe handelt — würde ich für höchst bedenklich halten.

Wir haben nun noch zu besprechen die Küstenbefestigungen; auch für diese sind in den letzten Jahren Etats sehr bedeutende Mittel gefordert, und die Hochseeflotte. Je schwächer unsere Hochseeflotte ist, um so geringer der Einsatz an Kraft und Blut seitens des Feindes und um so leichter der Entschluß zum Angriff. Ist die Hochseeflotte aber vernichtet, so hört damit jede Seeherrschaft für uns auf. Die übrig bleibenden Kreuzer- und Torpedoboote werden, da ihnen die Rückzugslinie in die heimischen Häfen abgeschnitten ist, sehr bald von der Meeresfläche verschwinden oder aus Mangel an Kohlen in neutrale Häfen einlaufen und dort ruhm- und tatlos das Ende des Krieges abwarten müssen. Unsere Küstenbefestigungen — ganz gleichgültig, ob sie stärker oder schwächer sind — anzugreifen, liegt für den Feind keine Veranlassung mehr vor, denn unser Handel und Verkehr sind lahmgelegt, der Zweck ist erreicht — wir sind blockiert, von der See abgeschnitten. Die Landung an beliebiger Stelle, außerhalb des Reiches der Küstenforts, steht dem Angreifer frei.

Wenn der erwähnte Seeoffizier schließlich das Bauteil unserer neuen Schiffe bemängelt, so dürfte er sich hier auf ein Gebiet begeben haben, welches er nicht völlig beherrscht. Hier hege ich größeres Vertrauen zur Marineverwaltung, der wir nach keiner Richtung hin den Vorwurf leichtfertigen Vorgehens machen können und gebe mich getroßt der Hoffnung hin, daß die im Bau begriffenen Schiffe zu den besten ihrer Klasse zählen werden.

Ich möchte jetzt noch kurz das vielbesprochene und beschriebene Thema streifen: „Welches sind die Ziele, die der Deutsche Flottenverein weiter zu verfolgen hat?“ Gewiß ist seit Inkrafttreten unseres Flottengesetzes von den in Betracht kommenden Seestaaten viel für die Verstärkung ihrer Flotte getan, und wo dies noch nicht geschehen ist, beschäftigt man sich, wie bei unseren westlichen und östlichen Nachbarn sehr ernstlich mit dieser hochwichtigen Frage. Ich möchte aber nochmals hervorheben, daß das Präsidium des Flottenvereins zunächst nicht die Absicht hat, über den Rahmen unseres Flottengesetzes hinauszugehen, daß er aber beabsichtigt sein wird, dahin zu wirken, daß die gesetzlich festgelegte Stärke unserer Flotte unter allen Umständen erreicht werde, und daß wir in Kraft und Geschwindigkeit unserer Schiffe nicht gegen den Durchschnitt anderer Nationen zurückbleiben. Extreme Schiffsbauten sind zu vermeiden. Dem Panzerkreuzer, dessen Wichtigkeit für die Aufklärung wie für die Schlacht von allen leitenden Nationen anerkannt wird, müssen wir unsere ganz besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Wir dürfen mit dieser Schiffskategorie nicht in Rückstand geraten und müssen die durch das Flottengesetz festgelegte, engbegrenzte Zahl von vollwertigen Schiffen dieser Klasse fordern.

Ich komme nun zu den Reserveformationen. So wichtig das Schiff an und für sich auch ist, so kann es doch erst Nutzen bringen, wenn die ihm innewohnende Kraft durch eine tüchtige kriegsbereite Besatzung geweckt wird. Die Landflotte wird Tage dauern, der Aufmarsch vollzieht sich in Wochen. Anders in der Marine. Die Seeschlacht wird nur wenige Stunden währen, der Aufmarsch kann, wenn es sich um den Krieg mit einer europäischen Macht handelt, kaum Tage erfordern. Der Zusammenstoß wird also sehr bald erfolgen, je stärker wir in denselben eintreten, je mehr wir bestrebt sind, unser gesamtes Schiffsmaterial auf dem Höhepunkt der Kriegsbereitschaft zu halten, um so größer die Hoffnung auf Erfolg. Die Schlacht wird, dessen können Sie sich versichert halten, die Entscheidung zur See herbeiführen. Nicht kriegsbereite Schiffe können daher im weiteren Verlauf des Krieges nur von geringem Nutzen sein. Ich möchte hier auch noch einer Anschauung begegnen, die ich verschiedentlich in Zeitungen gelesen habe, daß die Entscheidung nur in den Schiffen der sog. Dreadnoughtklasse liegen könnte. Gute, mit Umsicht und Energie geführte Schiffe werden in der Linie stets ihren Mann stehen, was sich aber in diese Linie wegen Gebrechlichkeit und Langsamkeit nicht mehr einreihen läßt, sollte man sobald als möglich zum alten Eisen tun, denn es ist die Menschenleben nicht wert, die auf ihnen lediglich geopfert werden.

Meine Herren! Die Großmachtstellung des deutschen Reiches ist durch unsere tapfere, siegreiche Armee in dem Krieg, der zur Einigkeit unseres Vaterlandes geführt hat, errungen worden. Diese Armee auf höchster Höhe zu erhalten, ist der Wunsch jedes patriotisch gesinnten Mannes. Die Verhältnisse seit 1870 haben sich aber wesentlich geändert, wir sind inzwischen zum Industriestaat geworden; unsere Bevölkerung hat sich sehr stark vermehrt und Intelligenz und Tüchtigkeit unseres Volkes berechnen uns mit in erster Reihe in den Wettbewerb um eine Weltmachtstellung einzutreten. Diese zu erhalten und zu fördern sind wir aber nur in der Lage, wenn wir unseren Seeinteressen den nötigen Schutz zu gewähren vermögen.

Meine Herren! Was hat die verhältnismäßig geringfügige wirtschaftliche Depression, unter der wir jetzt leiden, trotz günstiger Ernten in den letzten Jahren für Folgen gehabt? Die Staatseinnahmen, die Einnahmen des einzelnen sind zurückgegangen, die Zahl der Arbeitslosen erfüllt uns mit Sorge. Und nun denken Sie sich, wie wird sich unsere Not steigern, wenn in einem Kriege unsere Küsten blockiert sind, wenn unsere Fabrikmaschinen nicht mehr laufen, die Arbeitsmaschinen stillstehen, die industriellen Establishments stillstehen, unsere Schiffe in den Häfen festliegen, Handel und Wandel, Einfuhr und Ausfuhr ruhen. Das kann, das darf nicht eintreten, wir müssen der hier geschilderten Not begegnen können.

Die letzten vier Monate haben es uns so recht vor Augen geführt, wie leicht die Stimmung am politischen Horizont wechseln kann. Ich brauche nur auf das Verhältnis der Vereinigten Staaten zu Japan hinzuweisen. Heute starke Bewölkung, morgen Sonnenschein! Dieser Wandel kann sich über Nacht vollziehen, der Ausbau einer Flotte erfordert aber Jahrzehnte. Wir müssen deshalb als besten Bürgen für einen langanhaltenden Frieden und für eine stetige geblühende Entwicklung unserer wirtschaftlichen Lage neben einem starken Heer über eine zur Verteidigung unserer Seeinteressen entsprechende starke Flotte verfügen, die, getragen von der Liebe des Volkes, allzeit auf der Höhe gehalten im entscheidenden Moment Großes zu leisten imstande sein wird.

Den Dank des Vorstandes für die lichtvollen Ausführungen des Großadmirals von Köster brachte Herr von Cancrin in schonungsvollen Worten dar; Herr Hiller brachte Namens der Versammlung auf Herrn von Köster ein Hoch aus, das stürmischen Widerhall weckte, und ihn veranlaßte dem Vorstand der badischen Landesabteilung sein Hoch darzubringen. Damit schloß die Tagung, von der sicherlich neue Anregungen ausgehen werden.

Die Beisekungsfeier in Sigmaringen.

Sigmaringen, 9. März. Am Sonntag trafen hier die Abgesandten der Höfe, militärische Abordnungen und Vertreter von Städten und Körperschaften ein, um der verstorbenen Fürstin die letzte Ehre zu erwirken. Das Schloß mit dem Kavalleriebau, der Prinzenbau und das Prinzenpalais konnten die Gäste nicht alle fassen; viele mußten in Hotels und in Privatwohnungen untergebracht werden. Als Vertreter Seiner Majestät des Kaisers war Prinz Oskar erschienen. Seine Majestät der Kaiserin von Österreich hatte den Erzherzog Franz Salvator entsandt, der mit seiner Gemahlin Erzherzogin Maria Valerie eintraf. Seine königliche Hoheit der Prinzregent von Bayern hatte den Prinzen Georg mit seiner Stellvertretung beauftragt. An Stelle des Herzogs Karl Theodor, des Augenarztes, war dessen Sohn Herzog Franz Joseph erschienen. Außerdem war die Prinzessin Gisela von Bayern anwesend. Der Vertreter Seiner Majestät des Königs von Württemberg war Herzog Robert, der, lt. „Schwäb. Merk.“, mit seiner Gemahlin im Fürst-Wilhelmsbau Wohnung genommen hatte. Auch die Herzogin Amalie von Urach traf hier ein. Prinz Johann Georg vertrat Seine Majestät den König von Sachsen, Prinz Max Seine königliche Hoheit den Großherzog von Baden, Prinz Eduard den Herzog von Anhalt. Weiter hatten Stellvertreter entsandt der Großherzog von Oldenburg, der Großherzog von Sachsen-Weimar, der Regent von Braunschweig, der Erbprinz von Mecklenburg, der Fürst Christian Kraft zu Hohenlohe-Dehringen. Aus außerdeutschen Ländern waren Abgesandte des Königs von Portugal, des Fürsten von Bulgarien, der rumänischen Regierung und der Großherzogin von Luxemburg eingetroffen. Von der großen Zahl der übrigen Fürstlichkeiten seien noch genannt der Herzog von Vendôme, der Fürst von Thurn und Taxis mit Gemahlin, Prinz Albert von Belgien, der Herzog von Calabrien, der Fürst zu Fürstberg. Die Stadt Düsseldorf, zu der das Fürstentum als seinem früheren langjährigen Wohnsitz noch viele Beziehungen unterhält, hatte den Beigeordneten Dr. Greve entsandt. Auch die beiden Regimenter, die dem Fürsten am nächsten stehen, das erste Garderegiment zu Fuß und das Jülicherregiment Fürst Karl Anton von Hohenzollern, waren durch Abordnungen vertreten. Die feierliche Beisekungsfeier erfolgte gestern vormittag um 10 Uhr. Schon lange vorher hatte sich die Erbsärge mit Säften gefüllt. Kurz vor dem Gottesdienst betrat der Fürst den Chor mit der Mutter der Verstorbenen, der Gräfin Trani, Prinzessin von Bourbon; dann kamen Prinz Oskar mit der Prinzessin Auguste Viktoria, der Erzherzog Franz Salvator mit ihrer königlichen Hoheit der Großherzogin Luise von Baden, und die beiden Prinzen Franz Joseph und Friedrich Viktor. Ihnen folgten die nächsten Verwandten, der Kronprinz von Rumänien, Prinz und Prinzessin Karl und viele andere Fürstlichkeiten. Das Requiem sangen die Beuroner Benediktiner, deren Ergab Schöber das Totenamt las. Nach beendigter Messe wurde die Leiche noch einmal feierlich eingeseinet. Nach der feierlichen Absolution durch den Ergab wurde der Sarg von acht fürstlichen Hörtern in die Gruft getragen und dort nach den kirchlichen Zeremonien beigesetzt. Dem Sarge folgten die nächsten Anverwandten, der Fürst, die Gräfin Trani, Prinz Oskar von Preußen mit der Prinzessin Auguste Viktoria von Hohenzollern und die beiden Söhne

des Fürsten, Erbprinz Friedrich Viktor und Prinz Franz Joseph von Hohenzollern. Nach einem Schlußgesang des Kirchenchores hatte die Feier ihr Ende erreicht. Die hohen Herrschaften führten darauf zum Schloß zurück, wo um 1/2 12 Uhr eine Frühstückstafel stattfand.

Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

* Berlin, 8. März.

Bei Titel „Vergütungen an auswärtige Post- und Telegraphenbehörden, sowie an Eisenbahn, Schiffs- und Telegraphenunternehmungen“, Beiträge zur Unterhaltung der internationalen Post- und Telegraphenbureaus 26 269 000 M. wünscht Abg. Erzberger (Zentr.) nähere Auskunft über diesen Titel und führt aus: Aus dem Bericht der Deutsch-Südamerikanischen Telegraphengesellschaft geht hervor, daß diese Gesellschaft für Vergütung und Tilgung ihrer Obligationen eine Garantie seitens der Reichspostverwaltung erhalten hat. Trifft dies zu, so wäre das eine auffallende Verletzung der Reichsverfassung und des Budgetrechts des Reichstages. Wie bei den Dampfersubventionen wäre auch hier der Weg der Gesetzgebung zu beschreiten. Wie sehr auch die Monopolwirtschaft in der drahtlosen Telegraphie zu befürchten ist, so sollten doch wenigstens bei der Telefunkenausbreitung der Schiffe des Norddeutschen Lloyd und der Hamburg-Amerika-Linie an Stelle der Apparate der englischen Marconi-Gesellschaft gleichwertige und einfachere Apparate der deutschen Telefunken-Gesellschaft Siemens und Halske, Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft, sowie der Telegraphenfirma Lorenz verwendet werden. Dazu kommt, daß Marconi das Recht für sich beansprucht, zur Bedienung der Apparate des englischen Personal auf die Schiffe zu nehmen. Dies hat nicht nur verkehrstechnische, sondern auch militärische Bedenken. Verwunderlich ist es, daß unsere Postverwaltung zum Beispiel im Verkehr mit Japan die Route über Amerika, die 26 Tage beansprucht, benutzt, an Stelle des Weges über Sibirien, der nur 10 bis 18 Tage in Anspruch nimmt. Unserer Exportindustrie erwachsen hieraus große Nachteile.

Staatssekretär Kraetzke: Eine Garantie ist der Deutsch-Südamerikanischen Gesellschaft nicht gegeben. Sie erhält vielmehr eine jährliche Vergütung für ihre Dienstleistungen, wobei ein Teil der Summe bei der Seehandlung als Treuhänder hinterlegt wird, um so den Besitzern von Obligationen deren Vergütung zu sichern. Solche Verträge, die naturgemäß langfristige sein müssen, werden seit langer Zeit abgeschlossen. Mit der Dampfersubvention ist diese Sache nicht zu vergleichen. Die Verträge liegen lediglich im Interesse des deutschen Verkehrs. Die Verträge mit den ostasiatischen Dampferlinien werden nur auf wenige Jahre abgeschlossen, da nach Fertigstellung der Bahnen eine Änderung dort eintreten wird. Die Benutzung der sibirischen Bahn war bisher zu teuer. Darin tritt jetzt eine Änderung ein, so daß diese Route immer mehr dem Wege über Amerika vorgezogen werden wird. Bisher war die sibirische Route auch schon für unseren Briefverkehr in Betrieb. Die Sendungen mußten aber eine entsprechende Aufschrift haben. Bei dem Telefunkenverkehr sind die Interessen der deutschen Industrie vollkommen gewahrt. Denn von uns ist der Gedanke eines internationalen Telefunkenvertrages ausgegangen. Auf früher übernommene Verträge mußte allerdings Rücksicht genommen werden. Marconiapparate an Bord zu nehmen, ergab sich für die Schiffe des Lloyd und der Hamburg-Amerika-Linie daraus, daß die englischen Landstationen auf deutsche Apparate nicht reagierten. Dies wird nach dem internationalen Verträge anders werden. Erfolgreich ist, daß die deutschen Apparate auf vielen Linien eingeführt werden. Dadurch wird der beste Druck auf das Respektieren der deutschen Einrichtungen ausgeübt.

Abg. Gothein (fr. Vgg.): Ich hoffe, daß jetzt alle geschlossenen Briefe für Ostasien mit der sibirischen Bahn befördert werden. Dieser ganze Titel sollte an die Kommission zurückverwiesen werden.

Abg. Erzberger (Zentr.): Diesem Antrage trete ich durchaus bei. Bei der Gebührengahlung an die Dampferlinien nach Amerika liege sich viel Geld sparen.

Staatssekretär Kraetzke: Einen Druck können wir auf Amerika bezüglich der Gebührengahlung nicht ausüben. Denn auf Deutschland verkehren nur deutsche Linien, während den Amerikanern auch noch englische und französische Linien zur Verfügung stehen.

Abg. Erzberger (Zentr.): Es ließe sich sehr wohl ein Druck ausüben. Staatssekretär Tzipitz hat uns 3/4 Millionen gespart dadurch, daß er dem Kohlenfondital androhte, englische Kohlen zu beziehen, wenn der Preis für deutsche Kohlen nicht billiger werde.

Nach weiteren Bemerkungen wird der Titel an die Budgetkommission zurückverwiesen.

Der Titel „Tilgung und Verzinsung der Anleihe mit 1 049 860 M.“ wird mit dem Titel des außerordentlichen Etats für Fernsprechnetze 45 Millionen Mark verbunden. Die Kommission beantragt, bei ersterem Titel 52 500 M. und bei letzterem Titel 3 Millionen Mark zu streichen.

Abg. Gothein (fr. Vgg.): Ich warne vor dieser Streichung. Die Umarbeitung und der weitere Ausbau der Telephonleitungen in unterirdische Leitungen ist dringend nötig. Ich beantrage daher Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Staatssekretär Kraetzke: Auch ich kann nur dringend um Wiederherstellung der Position bitten.

Die Abstimmung bleibt zweifelhaft. Es wird Sammelprüfung notwendig. Für die Wiederherstellung stimmen 122, gegen dieselbe 94 Abgeordnete. Die Regierungsvorlage ist also wieder hergestellt.

Die einmaligen Ausgaben werden bewilligt. Es folgen die Einnahmen.

Abg. Gothein (fr. Vgg.) befürwortet eine Resolution, in der verlangt wird, daß die Postfreiheit der regierenden Fürsten, ihrer Gemahlinnen und Wittwen auf Briefsendungen beschränkt werde.

Abg. Frhr. v. Hertling (Zentr.): begründet einen von ihm gestellten Änderungsantrag, wonach der Reichszentraler sucht wird, mit den regierenden Fürsten in Verhandlungen über anderweitige Festsetzung der ihnen zustehenden Postfreiheit einzutreten und dem Reichstage bald eine Vorlage darüber zu machen.

Staatssekretär Kraetzke bittet um Ablehnung der Resolution.

Abg. Erzberger (Zentr.) befürwortet den Antrag des Frhrn. v. Hertling. Im übrigen verlangen wir, daß die Post sich nicht in den Dienst der politischen Parteien stelle. So ist z. B. vorgekommen, daß Auftrufe zum Abonnement der „Nationalzeitung“ portofrei versandt worden sind. Eine solche Benutzung der Post zu politischen Zwecken halten wir nicht für gerechtfertigt.

Staatssekretär Kraetzke: Eine Verfolgung politischer Zwecke liegt der Post durchaus fern. In dem vom Abg. Erzberger angeführten Falle liegt ein Versehen eines Beamten vor, welcher bestraft worden ist.

es sich um landwirtschaftliche, jagdliche oder gewerbliche Erzeugnisse handelt. Damit entfallen alle erhobenen Angriffe. Die Resolution Gothein wird abgelehnt und der Antrag des Frhrn. v. Hertling mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgt die am Samstag ausgefertigte Abstimmung über die von der Kommission gefassten vier Oberpostinspektoren, sowie von einer Anzahl Postvorsteher und Vizeinspektoren im Gesamtbetrag von 69 850 M. Der Kommissionsbeschluss wird angenommen.

Damit ist der Postetat erledigt. Der Etat der Reichsdruckerei wird ohne Debatte genehmigt. Hierauf vertagt sich das Haus auf Dienstag 2 Uhr: Wein-gesetz, kleinere Vorlagen. Schluß 6 1/4 Uhr.

(Telegraphischer Bericht.)

* Berlin, 9. März.

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 2 1/4 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Weingesezes. Die §§ 1 und 2 werden unverändert angenommen. § 3 handelt vom Zuckerausatz und dem Zuckeringstermin. Nach Kommissionsbeschluss soll der Endtermin für die Zuckering auf den 31. Dezember des Produktionsjahres, statt 31. Januar des folgenden Jahres festgesetzt werden.

Abg. Baumann (Zentr.) berichtet über die Kommissionsverhandlungen.

Abg. Dahlem (Zentr.) bittet dringend um Annahme des Kompromißvorschlages. Wenn es sich herausstellen sollte, daß es der Nachzuckerung bedarf, so ist das immer noch vom 10. Oktober bis 31. Dezember des nächsten Jahres möglich.

Verden a. d. Aller, 9. März. Bei der gestrigen Reichstagswahl im Wahlkreise Hannover 6 erhielt Dan-nenberg (Welfe) 13 575 Stimmen, Dr. Heiligenstadt (natl.) 10 116 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt.

Die Kammerwahlen in Italien.

(Telegramm.)

* Rom, 9. März. Von 508 Wahlen waren bis mittags 477 Resultate bekannt. 214 Ministerielle sind wieder, 61 neugewählt. 40 von der konstitutionellen Opposition sind wieder, 2 neugewählt, von den Radikalen sind 22 wieder, 9 neugewählt, von den Republikanern 12 wieder, 9 neugewählt, von den Sozialdemokraten 18 wieder, 10 neugewählt, von den Katholiken 4 wieder, 11 neugewählt. Außerdem haben 67 Stichwahlen stattgefunden.

Aus Rußland.

(Telegramme.)

* St. Petersburg, 8. März. Die Duma setzte gestern die Verhandlungen über den Etat des Ministeriums des Innern fort. Angemeldet waren Redner sämtlicher Fraktionen. Die Sozialdemokraten und die Mitglieder der Arbeiterpartei beantragten, das Budget des Ministeriums des Innern abzulehnen, unter der Begründung, das Ministerium verwerde die angewiesenen Mittel ausschließlich zum Gefängnisbau, zum Unterhalt der Polizei und zur Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes. Die Radikalen betonten, daß die Politik des Ministeriums des Innern auf einem unhaltbaren Standpunkt basiere, da das Ministerium nur durch die Anwendung roher Gewalt, nicht aber durch Anwendung streng gesetzlicher Maßnahmen die Ruhe und Ordnung aufrecht halte. Das Zentrum vertrat die Ansicht, daß Ausnahmezustände nur in Ausnahmefällen eingeführt werden sollen. Der Ausnahmezustand demokratisiere die Bevölkerung und die Administration. Es sollten freibeiwillige Prinzipien durchgeführt werden, damit die verabschiedungswürdigen Erscheinungen der letzten Jahre nicht wiederkehren. Die Gemäßigten, einige Jahre auf Grund eines Ausnahmegesetzes zu regieren, made für die Handhabung des Gesetzes unfähig. Die gemäßigten Rechte erkennen die Notwendigkeit der Einführung des Ausnahmezustandes in einer Periode der Wirren an, hält ihn aber für ein untaugliches Mittel, in ruhiger Zeit zu regieren, und drückt die Hoffnung aus, die Ausnahmemaßregeln möchten allmählich abgeschwächt werden.

Die Duma votierte sodann die Forderung des Kriegsministers von 40 Millionen Rubel zur Komplettierung der Kriegsvorräte und der Munition. Hierüber referierte Gutschkow in längerer Rede, in der er u. a. ausführte: Unser strategischer Misserfolg ist kein Zufall, sondern die Folge der inneren Mängel unserer militärischen Organisation. Wir erwarten, daß diese Lehre, die Rußland beinahe an den Rand des Verderbens brachte, die Regierung zwingen wird, der Schaffung von Ordnung in der Landesverteidigung ernste Aufmerksamkeit zu schenken. In materieller Hinsicht sind zweifellos einige Verbesserungen eingetreten. Jedoch von denjenigen Gebieten des Militärwesens, die unserer Kritik nicht unterliegen, kann letzteres nicht behauptet werden. Redner kritisiert dann die Tätigkeit einzelner Befehlshaber von Militärbezirken, die schwerlich geeignet sei, die Armee zur Kampfbereitschaft zu erziehen. Es ist nicht die Aufgabe der Duma, diese Sachlage zu enthüllen. Sie ist der Regierung besser bekannt. Er sei überzeugt, daß die Vernunft und Stetigkeit unserer auswärtigen Politik durch das Bewußtsein der strategischen Schwäche des Landes hervorgerufen sei. Wenn diese Politik auch unpopulär sei, so sei sie doch im gegenwärtigen Augenblick die richtige. Wenn Rußland die Geduld nicht reifen werde, so würden bei den Nachbarn die Gefühle immer größer werden. Wir dürfen uns nicht in die Lage Serbiens und der Türkei begeben, die von der Gnade und Eiferführ der Nachbarn leben. Wir stehen vor der qualenden Frage, ob der Zustand unserer Landesverteidigung dem erhabenen Führer der Armee bekannt ist und ob diejenigen, auf denen die Verantwortung liegt, den Mut haben, dem Monarchen ein wahres Bild des Zustandes zu geben. Man kann über die Duma und deren Rechte verschiedener Ansicht sein, aber in der Pflicht, dem Monarchen die Wahrheit zu enthüllen, müssen wir uns alle vereinigen. Wir erwarten, daß unsere Stimme zum Throne gelangt und dort jenes bange Gefühl hervorgerufen wird, von dem allein wir die Wiedergeburt der Landesverteidigung und die Sicherheit des Vaterlandes erhoffen können. (Stürmischer Beifall im Zentrum und rechts.)

Gemüse gehört zu jeder Mahlzeit

von der man fordert, daß sie kräftig sei. Ueberall mit Vorteil werden **„Darho“-Gemüse** verwendet, welche sämtliche Nährstoffe der frischen Gemüse enthalten und erheblich billiger sind als das entsprechende Quantum Büchsen Gemüse.

Für die Hausfrau bieten die **„Darho“-Gemüse** die große Bequemlichkeit, einfach zur Düte greifen und ein Gericht herstellen zu können, das den frischen Gemüsen an Geschmack gleich, an Bekömmlichkeit aber überlegen ist. Die zeitraubende Arbeit des Putzens und Zurechtmachens sowie der dabei entstehende Abfall werden vermieden. K. 699

Goldene Medaille auf sämtlichen beschickten Ausstellungen!

Herm. Munding, Kaiserstr. 110

Telephon 1042

Persil

Das vollkommenste selbsttätige **Waschmittel** von unerreichter Wirkung. Pakete à 35 u. 65 Pf. Lesen Sie in Ihrem Interesse die nächste Anzeige.

Nervenheilanstalt „Friedheim“, Zihlschlacht (Schweiz).

Eisenbahnstation: Amriswil (Kanton Thurgau).

in ruhiger, naturschöner Lage mit grossen Parkanlagen und Promenaden. Nach den modernsten Anforderungen eingerichtet zur Aufnahme von W. 452

Alkohol-, Nerven- und Gemütskranken

Morphinisten inbegriffen. Sorgfältige Pflege und Beachtung. (Gegründet 1891.) Zwei Aerzte. Besitzer und Leiter: **Dr. Krayenbühl.**

Abgelegte Akten, Briefe, Geschäftsbücher usw.

kaufen fortwährend unter Garantie des Einstampfens zu höchsten Preisen

A. Mahler Söhne,
Karlsruhe, Westbahnhof

Junge Dame (Norddeutsche)

perfekt in Stenographie und Maschinenschreiben sowie mit allen vorkommenden Bureauarbeiten vertraut, gestiftet auf beste Zeugnisse, sucht Stellung, evtl. während der Saison auf Sanatorium, wo auch anderweitige Betätigung gern übernommen wird. Offerten unter **X 683** an die Expedition der Karlsruher Zeitung.

Verkäuferin

branchenfremd, mit Zeugnissen versehen, per sofort oder später **sucht**

H. Hafner, Hoff., Mannheim,
Fleischwarenfabrik. K. 702.3.1

Konkursverfahren.

K. 703. Nr. A 5439. Baden. Ueber das Vermögen des Hotelbesizers **Wilhelm Förster** in Baden, jetzt in Frankfurt a. M., wird heute, am 8. März 1909, vormittags 11 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Kaufmann **Wilhelm Schindler** hier ist zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 7. April 1909 bei dem Gerichte anzumelden.

Es ist Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlussfassung über die Wahl eines desernierten Verwalters, über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenderfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf **Freitag, den 7. April 1909, vormittags 10 Uhr**, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf **Mittwoch, den 21. April 1909, vormittags 10 Uhr**.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, ist aufgegeben, nichts an den Gemeinsschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 7. April 1909 Anzeige zu machen.

Baden, den 8. März 1909.
Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts: Tunt.**

Konkursverfahren.

K. 661. Nr. 2147. Karlsruhe. Im Konkursverfahren über das Vermögen des **Wipfmeisters Franz Felix Bischof** hier, Sosenst. 182, ist Termin zur Abnahme der Schlussrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis und zur Beschlussfassung über die nicht verwerbbaren Gegenstände bestimmt auf **Samstag, den 3. April 1909, vormittags 8 Uhr**, vor dem **Großh. Amtsgericht Karlsruhe**, Ademiestraße 2b, III. Stod, Zimmer 49.

Die Geschädigten und Auslagen des Verwalters wurden auf 677 M. 12 Pf. festgesetzt.

Karlsruhe, den 4. Februar 1909
Müller,
Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts 4.

Konkursverfahren.

K. 691. Nr. 2229. Mannheim. Ueber das Vermögen des Inhabers der Firma **Max Kühn jr.**, des Kaufmanns **Max Kühn jr.**, U. 6. 5, hier wurde heute nachmittags 6 1/2 Uhr das Konkursverfahren eröffnet.

Zum Konkursverwalter ist ernannt: Rechtsanwalt **Dr. Spiegel** hier. Konkursforderungen sind bis zum 1. Mai 1909 bei dem Gerichte anzumelden. Zugleich wird zur Beschlussfassung über die Wahl eines desernierten Verwalters, über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenderfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf **Freitag, den 2. April 1909, vormittags 9 Uhr**, sowie zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf **Freitag, den 21. Mai 1909, vormittags 9 Uhr**, vor dem **Großh. Amtsgericht, Abt. III, I. Obergeschoss, Saal A. 111**, Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, ist aufgegeben, nichts an den Gemeinsschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 1. Mai 1909 Anzeige zu machen.

Mannheim, den 6. März 1909.
Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts III: Fleck.**

Konkursverfahren.

K. 692. Meßkirch. Im dem Konkursverfahren über das Vermögen des Landwirts **Valentin Zwick** von Wonnendorf wird zur Beschlussfassung der Gläubigerversammlung über den beabsichtigten Verkauf der Eigenschaften des Gemeinsschuldners durch den Konkursverwalter aus freier Hand Termin vor dem diesseitigen Gerichte bestimmt auf **Dienstag, den 16. März 1909, vormittags 11 Uhr**.

Meßkirch, den 4. März 1909.
Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts: Ballweg,**
Größh. Amtsgerichtsschreiber.

B. 920. Nr. 557. Singen.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die in Gemarkung Singen belegenen, im Grundbuche von Singen zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des **Wilhelm Geist**, Fabrikant in Singen, eingetragenen, nachstehend beschriebenen Grundstücke am

Montag, den 15. März 1909, vormittags 9 Uhr,

durch das unterzeichnete Notariat im Rathaus zu Singen versteigert werden.

Der Versteigerungsvermerk ist am 10. Dezember 1908 in das Grundbuch eingetragen worden.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts, sowie der übrigen die Grundstücke betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungsurkunde ist jedermann gestattet.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Zur Erörterung über das geringste Gebot werden die Beteiligten auf

Montag, den 1. März 1909, nachmittags 3 Uhr,

in die Diensträume des Notariats geladen.

Diesem, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erstellung des Zuschlags die Aufhebung oder einseitige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Beschreibung der zu versteigernden Grundstücke:

Grundbuch von Singen Band IV, Heft 3 Bestandsverzeichnis 1.

1. Lgrb. Nr. 206 a.	50 a 91 qm Lehmgrube im Ortssetzer	600.—
2. Lgrb. Nr. 192 a.	46 a 98 qm Hofreite mit Gebäulichkeiten, 2 a Graben, auf 48 a 98 qm im Ortssetzer	94 016.35
3. Lgrb. Nr. 633 b.	6 a 30 qm Industriegeleise im Erling	90 000.—
4. Lgrb. Nr. 477 e.	1 a 40 qm Industriegeleise in den Neuwiesen. Auf dem Grundstück Lgrb. Nr. 192 a wurde seither eine Dampf- jegelei betrieben.	150.—
Schätzung für Ziffer 2-4 zusammen a. mit Zubehör		
b. ohne Zubehör		
5. Lgrb. Nr. 176.	1 a 30 qm Hofraum im Ortssetzer	150.—
6. Lgrb. Nr. 487.	10 a 50 qm Wiese, 1 a 94 qm Bahn und Weg, auf 12 a 44 qm in den Neuwiesen	600.—
7. Lgrb. Nr. 222.	13 a 04 qm Ackerland, 4 a 12 qm ober Rain, auf 17 a 16 qm in den Wernädler	300.—
8. Lgrb. Nr. 323.	11 a 62 qm Ackerland, 1 a 52 qm ober Rain, auf 13 a 14 qm im Kriegswehr	100.—
9. Lgrb. Nr. 3090.	11 a 58 qm Ackerland im Hänlesberg	250.—
10. Lgrb. Nr. 3088.	13 a 48 qm Ackerland daselbst	260.—
11. Lgrb. Nr. 3080 a.	27 a 03 qm Ackerland, 14 a 53 qm Lehmgrube, auf 41 a 56 qm daselbst	150.—
12. Lgrb. Nr. 3084.	11 a 40 qm Ackerland daselbst	240.—
13. Lgrb. Nr. 3091.	10 a 67 qm Ackerland daselbst	200.—
14. Lgrb. Nr. 3061.	10 a 16 qm Ackerland und ober Rain daselbst	350.—
15. Lgrb. Nr. 3063.	9 a 25 qm desgleichen daselbst	70.—
16. Lgrb. Nr. 3064.	9 a 28 qm desgleichen daselbst	70.—
17. Lgrb. Nr. 3065.	12 a 44 qm desgleichen daselbst	80.—
18. Lgrb. Nr. 2072 a.	18 a 61 qm Ackerland im Schmierofer	250.—
19. Lgrb. Nr. 2070.	15 a 10 qm Ackerland, 19 a 77 qm Lehmgrube, 5 a 30 qm Grasrain, auf 40 a 17 qm im Schmierofer	200.—
20. Lgrb. Nr. 2025.	8 a 90 qm Ackerland im Schmierofer	80.—
21. Lgrb. Nr. 2067.	10 a 89 qm Ackerland im Schmierofer	150.—
22. Lgrb. Nr. 2351 a.	77 a 92 qm Ackerland und Steinbruch in den Laubendern	150.—
23. Lgrb. Nr. 2353 a.	44 a 57 qm Ackerland und Steinbruch daselbst	250.—
24. Lgrb. Nr. 3527.	9 a 23 qm desgleichen im Bodsberg	80.—
25. Lgrb. Nr. 3529.	11 a 34 qm Ackerland daselbst	100.—
26. Lgrb. Nr. 3782 a.	4 a Hofreite a und b, 19 a 48 qm Hausgarten, auf 23 a 48 qm in den Breitwiesen. Auf der Hofreite stehen 2 einstädtige Wohnhäuser (Villas) mit Veranda und Eisenbalkentkeller	26 000.—
27. Lgrb. Nr. 477.	28 a 67 qm Wiese, 15 a 49 qm Weg und Bahn, 11 a 57 qm Lagerplatz, auf 56 a 73 qm in den Neuwiesen	2 000.—
28. Lgrb. Nr. 477 d.	5 a 59 qm Wiese in den Neuwiesen	200.—
29. Lgrb. Nr. 213.	11 a 20 qm Ackerland und ober Rain im Ortssetzer	1 000.—
30. Lgrb. Nr. 471.	7 a 47 qm Lagerplatz und Graben in den Neuwiesen	700.—

Summe mit Zubehör 138 596.35
ohne Zubehör 124 580.—

Durlach, den 27. Januar 1909.
Großh. Notariat II als Vollstreckungsgericht.
Burger.

Bekanntmachung.

K. 690. Nr. 1978. Buchen. Die Entmündigung des Tagelöhners **Johann Adam Schmitt** von Buchen wurde durch Beschluss Gr. Amtsgerichts hier vom heutigen Tage aufgehoben.

Buchen, den 5. März 1909.
Gerichtsschreiber **Großh. Amtsgerichts: Fertig.**

Bekanntmachung.

Bezirksparkasse

sucht einen in Rechnungswesen bewanderten **Gehilfen**. Offerten unter **K. 684** vermittelt die Expedition d. R. Ztg.

Bekanntmachung.

Gehilfenstelle.

Beim **Großh. Marktgr. Bad. Kantate Salem a. Vohenseck** ist auf **1. April d. J.** eine Gehilfenstelle mit Aussicht auf etatmäßige Anstellung als Bureaubeamter in der Marktgeldlichen Verwaltung durch einen **Finanzassistenten** zu besetzen.

Für die Bestimmung der Gehilfenrinne bleibt Vereinbarung vorbehalten. Ledige Bewerber aus dem letzten Examen, welche ihrer Militärdienstzeit genügt haben, erhalten den Vorzug.

Bewerbungen sind mit Zeugnissen usw. als bald bei uns einzureichen. K. 688.2.1 Karlsruhe, den 8. März 1909.

Großh. Marktgr. Bad. Domänenkanzlei.

Nutz- und Brennholz-Versteigerung.

Das **Großh. Bad. Forstamt Meßkirch** versteigert unter den üblichen Bedingungen am **Freitag, den 12. März d. J.**, **vormittags 10 Uhr**, im **Gasthaus zum „Adler“** in **Oberchwandorf** aus dem **Domänenwald-**distrikten **I. „Schwandorfswald“**, **II. „Boschenholz“** und **III. „Hölsle“**:

Siegen: 1 I., 1 II., 2 III., 2 IV., 4 V., 2 VI. Kl. und 20 Stück Dagläusen. Fichtenstämme: 25 L., 50 II., 63 III., 49 IV., 171 V.; Fichtenabfälligkeiten: 62 L., 19 II., 12 III. Kl.; Kiefernstämme und -abfälligkeiten: 2 I., 14 II., 9 III., 19 IV., und 8 V. Kl. (darunter Stamerholz). 1 Kiefernbaum III. Kl., 238 Stier Papierholz; ca. 20 Stier Fichtenschnittholz zu Schindelholz geeignet; 171 Bauftangen und 120 Hopfenftangen. Brennholz: 88 Stier buchene, 113 Kiefern, 40 Stier forlene und 45 Stier gemischte Scheiter und Krügel, 1000 Stück meist Nadelastprügelwellen und 20 Lose Schlagraum. Fortwärt Rohler in Schwandorf zeigt das Holz auf Verlangen vor und fertigt Auszüge. K. 678

Stellenvergebung.

Die Stelle des **Hausmeisters** im **hiesigen Krankenhaus** ist wegen Rücktritt des bisherigen Inhabers auf **1. Juni d. J.** neu zu besetzen.

Die Anstellung erfolgt nach Maßgabe der häuslichen Dienst- und Gehaltsordnung mit Aussicht auf Anbegehaltung

Arbeitsvergebung.

Zum Neubau des **Kollegiengebäudes** der **Universität in Freiburg i. B.** sollen nach Maßgabe der Verordnung des **Großh. Finanzministeriums** vom 3. Januar 1907 die

Zimmerarbeiten

in öffentlicher Verbindung vergeben werden. K. 687.2.1

Zeichnungen und Unterlagen liegen vom 12.-20. März 1909 täglich von 9-12 und 3-6 Uhr, Samstags nur von 9-12 Uhr, in meinem Bureau in **Karlsruhe, Leopoldplatz 7c**, und auf dem **örtlichen Bauverein in Freiburg, Peterstraße 18**, zur Einsicht auf. Die Angebotsformulare können von beiden Bureaus gegen Vergütung von **M. 0,80** erhoben bzw. bezogen werden.

Die Angebote sind verschlossen und mit der nötigen Aufschrift versehen, bis zum **3. April 1909, nachmittags 4 Uhr**, portofrei in meinem Bureau in **Freiburg, Peterstraße 18**, einzureichen.

Die Eröffnung der Angebote findet im **Beisein der etwa erschienenen Bewerber** oder der hierzu berechtigten **Vertreter Samstag, den 3. April 1909, nachmittags 4 Uhr, statt**.
Zuschlagsfrist 3 Wochen.
Karlsruhe, den 9. März 1909.
Professor Herm. Billing.

Pflastersteinlieferung.

Gr. Wasser- und Straßenbauinspektion Karlsruhe verdingt namens der Kreisverwaltung die Lieferung von **500 qm Pflastersteine** aus Sandstein 18/22 cm lang, 12/14 breit und 15/16 hoch, und zwar **240 qm frei nach dem Ort** (Kue bei Durlach) und **260 qm frei nach dem Ort Malach** auf Grund der Verordnung Gr. Ministeriums der Finanzen vom 3. Januar 1907.

Preisangebote mit Bezeichnung der Bezugsquelle der Steine sind mit passender Aufschrift bis längstens

Montag, den 22. März d. J.

auf dem **Geschäftsministerium** einzureichen, woselbst die Bedingungen inzwischen zur Einsicht aufgelegt sind. K. 686.2.1

Vergabung von Bahnbauarbeiten.

Die für den **Bahnhofumbau Zähringen** an der Hauptbahn **Karlsruhe-Basel** erforderlichen Bauarbeiten, nämlich:

Erdbewegung	88 500 cbm
Beseitigung d. Böschungen	52 300 qm
Planierungsflächen	95 000 "
Herstellung von Weg- und Straßenflächen	35 300 "
Strassenbankette und Fußwegeflächen	23 300 "
Pflasterarbeiten	6 200 "
Strassenrandsteine	1 500 lfd. m
Mauerwerk	2 100 cbm
Beton	1 700 "
Quader	206 "
Rollschichten	130 m
Sichelschichten an Bauwerken	1 450 qm
Zementböhren	2 300 m
Geleisicherungen	2 600 cbm
Bettungskies	18 000 "

sollen in öffentlicher Wettbewerb nach Maßgabe der Verordnung des **Großh. Ministeriums der Finanzen** vom 3. Januar 1907 vergeben werden.

Pläne und Bedingungen liegen bei unterzeichnetem Behörde während den üblichen Geschäftsstunden zur Einsichtnahme auf. Das Bedingungsheft, jedoch ohne Pläne, welche letztere nicht abgegeben werden, wird gegen portofreie Einreichung von **50 M.** abgegeben. Die Angebotsformulare, die auf unserem Geschäftszimmer kostenfrei erhältlich sind, müssen ausgefüllt, ausgezeichnet, verschlossen und mit der Aufschrift: „Angebote für den Bahnhofumbau Zähringen“ versehen, bis längstens

Mittwoch, den 31. März 1909, nachmittags 5 Uhr,

dem Zeitpunkt deröffnung der Angebote, an der portofrei eingesandt werden.

Der Eisenbahnverwaltung unbekanntete Bewerber haben ihrem Angebot Vermögens- und Fähigkeitzeugnisse neusten Datums beizufügen. K. 680.2.1

Zuschlagsfrist 5 Wochen.
Eisenburg, den 1. März 1909.
Großh. Bahnbauinspektion I.